

Anfrage

Auf der Frontseite der Zeitung <Der Bund> vom 7. Dezember 2005 wird angekündigt, dass die naturwissenschaftlichen Universitäten Freiburg und Bern künftig eng zusammenarbeiten werden und sogar eine Fusion in Prüfung sei. Im ausführlichen Bericht zur Thematik (Seite 23 derselben Ausgabe) wird unter anderem darüber informiert, dass die Regierung des Kantons Bern gleichentags über ein entsprechendes Mandat an die Unileitung diskutieren werde. Formell soll es noch vor Ende Jahr zur Erteilung des Mandates kommen.

Dass sich die schweizerische Hochschullandschaft im Umbruch befindet und ein Verdrängungskampf im Gange ist, in dem es sich zu behaupten gilt, ist bekannt. Als Einwohnerin des Kantons Freiburg und Mitglied des Freiburger Kantonsparlamentes bin ich aber erstaunt, aus der Berner Presse über die Zusammenarbeits- beziehungsweise Fusionspläne zwischen den Universitäten Freiburg und Bern informiert zu werden – handelt es sich doch hier um einschneidende strategische Richtungsentscheidungen, die scheinbar bevorstehen.

Kürzlich hat der Rektor der Universität Freiburg, Professor Dr. Urs Altermatt, festgehalten, dass neben dem Greyerzer Käse die Universität der <erfolgreichste Exportartikel des Kantons> und einer der grössten Arbeitgeber im Kanton sei (*Freiburger Nachrichten*, 02. 12.05). Mit Fug und Recht darf man daher sagen, dass die Universität im Kanton Freiburg ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Für Unternehmen, die sich in unserem Kanton niederlassen wollen, wird eine gut funktionierende Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät sicher auch als Standortvorteil in die Waagschale gelegt. Ausserdem spielt die Fakultät eine wichtige Rolle in der Ausbildung des Lehrpersonals für die naturwissenschaftlichen Fächer an den Gymnasien und Fachhochschulen des Kantons, sowie für die nationale und internationale Visibilität von Freiburg (Fortbildung; internationale Publikationen; europäische Netzwerke, gewichtige Drittmittelsummen usw.).

Mit den in jüngster Zeit getätigten Investitionen in die universitären Bauten, dem Vorteil ihrer historischen Zweisprachigkeit und ihrer gelebten Mehrsprachigkeit hätte es unsere Universität in der Hand, zum Kompetenzzentrum der schweizerischen Wirtschaft zu werden. Dieses Potenzial besteht und darf auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden.

Auf diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Staatsrat zur möglichen Zusammenarbeit der naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Freiburg und Bern folgende Fragen zu stellen:

1. Gemäss Bund-Artikel steht die Berner Regierung kurz davor, ihrer Universitätsleitung ein Mandat zu erteilen, das die Zusammenarbeit der naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Freiburg und Bern prüfen soll. Wie weit ist die Freiburger Regierung in dieser Angelegenheit? Wurde der Universitätsleitung unserer Universität ein diesbezügliches Mandat bereits erteilt oder wird es noch erteilt werden?
2. Wer wird im Kanton Freiburg die Verantwortung für einen allfälligen strategischen Entscheid in Sachen Zusammenarbeit oder Fusion tragen?
3. Wie kommt es, dass wir im Kanton Freiburg über die Berner Presse von dieser scheinbar bevorstehenden, einschneidenden Richtungsentscheidung auf Ebene unserer Universität Kenntnis nehmen müssen? Welche Informationspolitik verfolgt der Freiburger Staatsrat in dieser Angelegenheit?

4. Welche Ziele verfolgt die angestrebte Zusammenarbeit zwischen den Math.-Naturwissenschaftlichen (sowie der medizinischen) Fakultäten von Freiburg und Bern?
 - a) Eine Erhöhung der Attraktivität der zwei Standorte (für Studierende sowie für Drittmittel)?
 - b) Eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Hochschulzentren Zürich und Genf/Lausanne?
 - c) Eine Budgetkürzung, die dem Rektorat für interne Umschichtungen zugute kommen würde? (Die im <Bund> Artikel erwähnte angeblich erfolgreich durchgeführte Fusion der zwei Veterinärinstitute hat meines Wissens zu keiner Einsparung geführt und so das ursprünglich ambitionöse Sparziel von minus 10% massiv verfehlt.)
5. Könnte eine zu starke Annäherung an Bern als <Germanisierung> der Universität empfunden werden und die französischsprachigen Studierenden dazu verleiten, sich direkt in Lausanne und Genf einzuschreiben? Das hätte finanzielle Konsequenzen für den Kanton, weil sich die Ausgaben für die interkantonale Vereinbarung stark erhöhen würden.
6. Warum ist die Universität Neuenburg von den Zusammenarbeits-Gesprächen ausgeschlossen, wenn man bedenkt, dass der Verbund BeNeFri während so vieler Jahre propagiert wurde? (Neuenburg könnte zur Ausbalancierung des Sprachgleichgewichts von grösstem Nutzen sein.)
7. Wenn einzelne Departemente (oder die ganze Fakultät) von Freiburg nach Bern verlegt werden, ist die heute sehr fruchtbare Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule und der Freiburger Industrie gefährdet. Wie würde sich dieser Verlust im Kanton Freiburg kurz-, mittel- und langfristig auswirken?
8. Ist sichergestellt, dass die Zusammenarbeit mit Bern so gestaltet werden könnte, dass der Kanton Freiburg nach wie vor seine Gymnasiallehrer (insbesondere die frankophonen) aus- und weiterbilden kann?

9. Dezember 2005

Antwort des Staatsrats

Das tertiäre Bildungssystem der Schweiz ist wie der ganze europäische Kontinent in den letzten Jahren mit grösseren Veränderungen konfrontiert. Die Universitäten sehen sich vor grössere Herausforderungen gestellt, die ihre Arbeitsweise und ihre Positionierung in Frage stellen. Dazu gehören eine massive Zunahme der Zahl der Studierenden in der höheren Bildung, Auftauchen eines neuen tertiären Institutionstypus (FH in der Schweiz), Internationalisierung des Bildungsangebots und Mobilität der Diplomierten. Mit der Bologna-Deklaration haben sich die Länder des europäischen Kontinents auf eine Reihe von Reformen eingelassen, um gemeinsam auf diese Herausforderungen zu reagieren. Die Einführung der damit verbundenen Massnahmen ist in den Schweizer Hochschulen schon weit gediehen, ihre mittel- oder langfristigen Folgen für das System sind jedoch noch wenig voraussehbar.

Nun kündigen sich im Rahmen des Entwurfs des neuen Rahmengesetzes für die Hochschulen noch weitere Veränderungen an. Der Verfassungsartikel über die Hochschulen, der von den eidgenössischen Räten gutgeheissen wurde, und am 21. Mai 2006 vor das Volk kommt, stellt Koordinations- und Qualitätssicherungsbedingungen für die Hochschullandschaft Schweiz auf. Er sieht zudem für den Bund die Möglichkeit vor, seinen finanziellen Beitrag bei besonders kostspieligen Bereichen an die Aufgabenteilung zwischen den Hochschulen zu knüpfen. Die medizinischen Fakultäten und auch die naturwissenschaftlichen Fakultäten sind von dieser Bestimmung betroffen.

Die naturwissenschaftliche Ausbildung an den kantonalen Universitäten ist zudem mit Schwierigkeiten im Zusammenhang mit stagnierenden Studierendenzahlen in bestimmten Bereichen und der zunehmend spürbaren Konkurrenz der ETHs konfrontiert, deren Ausbildungen sich mehr und mehr vom ursprünglichen Profil der Ingenieurwissenschaften entfernen und in Richtung Exakte und Naturwissenschaften des universitären Typs gehen.

Die Universitätskantone und ihre Universitäten müssen sich somit so oder so über die Zukunft der naturwissenschaftlichen Fakultäten Gedanken machen. In Lausanne hat die Nähe des ETH-Campus Anlass zu einem Transferentscheid gegeben, der weder den lokalen Ausbildungs- und Forschungsschwerpunkt noch den Pol Arc Lémanique schwächt. Mit ihrer Lage zwischen den beiden Polen Arc Lémanique und Grossraum Zürich arbeiten die BeNeFri-Universitäten seit langem zusammen, um ihr spezifisches Profil zu verstärken und ihre jeweiligen Studienangebote zu erweitern. Mit der neuen Studienstruktur Bologna müssen die drei Universitäten prüfen, ob es sinnvoll wäre, gemeinsame Programme einzuführen und dies insbesondere auf Masterstufe.

Vor diesem Hintergrund haben die Gespräche über eine künftige Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Freiburg und Bern stattgefunden. Mit dem Wunsch, ein weiteres starkes naturwissenschaftliches Zentrum auf der Achse Freiburg-Bern zu schaffen, haben die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport des Kantons Freiburg und der Erziehungsdirektor des Kantons Bern ihre Rektorate beauftragt, die ganze Bandbreite von Zusammenarbeitsmöglichkeiten ihrer naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten zu prüfen. Das Mandat wurde am 19. Dezember 2005 von der Freiburger Staatsrätin und am 21. Dezember 2005 vom Berner Regierungsrat unterzeichnet.

Ein Vorbericht wird Ende Juni 2006 erwartet; der Schlussbericht liegt Ende November 2006 vor. Die anstehenden Entscheide sind natürlich vom Inhalt dieser Berichte abhängig. Allgemein wird die Strategie der Universität vom Rektorat vorbereitet und dem Senat zur Genehmigung vorgelegt. Sie dient auch als Basis der Mehrjahresplanung zu Händen des Staatsrats. Der Entscheid über die Schaffung oder Aufhebung einer Lehr- oder Forschungseinheit liegt schliesslich beim Staatsrat.

Was die Information der Öffentlichkeit über die Erteilung dieses Mandats betrifft, so hat die EKSD am 3. Januar 2006, nach der Unterzeichnung und nach den Festtagen, eine entsprechende Medienmitteilung herausgegeben. „Der Bund“ muss die Information schon vor der Unterzeichnung des Textes und bevor eine offizielle Information herausgegeben wurde, erhalten haben. Weder die Freiburger noch die Berner Regierung hatten eine Mitteilung in dieser Form vorgesehen.

Das Mandat zielt auf eine Konsolidierung der Freiburger und Berner Fakultäten hin, indem ihre Attraktivität sowohl bezüglich des Ausbildungsprogramms wie auch der Forschungsschwerpunkte verstärkt wird. Das Angebot soll verbessert werden, die Visibilität verstärkt sowie in der Schweizer Hochschullandschaft und auf internationaler Ebene die Rolle eines Schwerpunktzentrums eingenommen werden. Der sich aus dem Mandat ergebende Bericht wird die finanziellen Folgen der verschiedenen präsentierten Szenarien aufzuzeigen haben. Es ist tatsächlich nicht möglich, einen finanziellen Rahmen vorzusehen, bevor ein Zusammenarbeitsmodell ausgewählt wurde. Es geht vorwiegend um Transfers zwischen den Bereichen, die zu entwickeln sind, und denjenigen, die allenfalls zu verkleinern oder sogar aufzuheben sind.

Die Szenarien, die vorgeschlagen werden, müssen auch den sprachlichen Aspekt berücksichtigen und Lösungen vorschlagen, mit denen ein Unterrichtsangebot in französischer Sprache erhalten bleibt. Dieser Punkt wird im Mandatstext ausdrücklich erwähnt. Derzeit hat die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg fast gleich viele deutschsprachige (40%) wie französischsprachige (38%) Studierende, zu denen 8% italienischsprachige und 14% anderssprachige Studierende hinzukommen. Es ist wichtig, dass die Attraktivität der Fakultät bei den Studierenden aus der lateinischen Schweiz erhalten bleibt; dieses Kriterium wird bei der Entscheidungsfindung seine Bedeutung haben.

Die Universität Neuenburg ist immer noch Mitglied des BeNeFri-Netzes und bleibt Partner bei verschiedenen Fachkonventionen. Die Erarbeitung des Mandats über die naturwissenschaftlichen Fakultäten wurde möglich, weil die Anschauungen in die gleiche Richtung gingen und ein gemeinsamer politischer Wille zwischen Freiburg und Bern besteht. Die Situation des Kantons Neuenburg ist anders, weil dort in den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Richtungen die Mikrotechnik stark ist. Allianzen mit der ETHL und den Universitäten des Arc Lémanique werden bei der Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Neuenburg als wichtiger angesehen. Als Mitglied des BeNeFri-Netzes wird Neuenburg über getroffene Entscheidungen auf dem Laufenden gehalten; ein späterer Anschluss an das Projekt wird nicht ausgeschlossen.

Die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und mit der Freiburger Industrie sowie der Lehrerbildung sind einige der Kriterien, die bei der Evaluierung der vorgeschlagenen Szenarien zu prüfen sind.

Die Frage der Grossrätin Weber Gobet macht deutlich, wie komplex die anstehenden Entscheidungen und wie zahlreich die zu berücksichtigenden Kriterien sind. Der Staatsrat zweifelt nicht daran, dass er im Anschluss an den Mandatsbericht über die Zusammenarbeit zwischen den naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Freiburg und Bern vor schwierige Entscheidungen gestellt sein wird, weil jedes Szenario Folgen für eine Gesamtheit von wichtigen Elementen für die Fakultät, die Universität und den Kanton haben wird. Diese Komplexität kann aber nicht jeden Versuch, neue Lösungen zu finden, blockieren.

Freiburg, den 31. Januar 2006